

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Annelie Buntenbach, Kerstin Müller (Köln) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ausbildungsplatzsituation bei den Bundesministerien und den bundesunmittelbaren Körperschaften

Im Rahmen des zweiten Gespräches zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland und für mehr Beschäftigung am 15. März 1995 beim Bundeskanzler sagte die Bundesregierung zu, im öffentlichen Dienst auf eine Trendumkehr bei den Ausbildungsstellen hinzuwirken und dazu umgehend auch mit den Ländern und Kommunen Gespräche aufzunehmen.

Hieraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Welche Entwicklung hat die Zahl der Ausbildungsplätze seit 1990 (einschließlich 1995) bei den Bundesministerien und den bundesunmittelbaren Körperschaften genommen (aufgeschlüsselt nach Jahren, nach Bundesministerien und bundesunmittelbaren Körperschaften, nach „Kammerberufen“, Berufen, die ausschließlich im öffentlichen Dienst ausgebildet werden, und beamtenrechtlichen Vorbereitungsdiensten des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes)?
2. Wie viele Ausbildungsplätze werden aufgrund der Ergebnisse des „Kanzlergespräches“ voraussichtlich neu geschaffen bzw. wird ein weiterer Abbau nicht durchgeführt (aufgeschlüsselt nach Bundesministerien und bundesunmittelbaren Körperschaften, nach „Kammerberufen“, Berufen, die ausschließlich im öffentlichen Dienst ausgebildet werden, und beamtenrechtlichen Vorbereitungsdiensten des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes)?
3. Welche Maßnahmen wurden von der Bundesregierung eingeleitet, um bei den Ländern und Kommunen darauf hinzuwirken, daß diese mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen?

Bonn, den 15. Mai 1995

Marieluise Beck (Bremen)
Annelie Buntenbach

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

